

Rede des Landesvorsitzenden der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Peter Ritter, auf der Landesbasiskonferenz am 13.09.2003 in Pasewalk

"Sachlich- kritisch-optimistisch"

Liebe Genossinnen und Genossen, werte Gäste,

Zur Zeit vergeht kaum eine Woche, in der in Funk und Fernsehen nicht eine neue Ostalgie- oder DDR-Show das Licht der Welt erblickt.

Selbst Gregor Gysi durfte am Mittwoch dem RTL-Zuschauer zeigen, dass er noch eine Kuh melken kann.

Da habe ich mich in Vorbereitung der heutigen Basiskonferenz gefragt, ob es aus diesem reichen Fundus der Erinnerungen nicht auch ein passendes Motto für unsere Beratung gibt.

Und habe ich mich dann an eine Sendung auf "Radio DDR" am Samstag-Mittag erinnert, die der Moderator Woche für Woche mit dem Motto schloss:

Sachlich, Kritisch und Optimistisch wie immer! (ihr Dr. Karl-Heinz Gerstner).

Das scheint mir ein geeigneter Leitfaden zu sein.

Unsere Debatte heute und künftig zur Bilanz, zum Programm und zu aktuellen Aufgaben der PDS soll, so wünsche ich es mir, auf eben solcher sachlicher Basis erfolgen.

Wir wollen kritisch und selbstkritisch mit uns umgehen.

Und das alles soll für die PDS zu einem optimistischen Blick in die Zukunft führen.

Denn wir brauchen die PDS und die PDS braucht uns.

Dass die Gesellschaft und die Menschen, die die Gesellschaft gestalten, die PDS brauchen, diesen Nachweis haben wir zu erbringen.

Jeden Tag.

Alle gemeinsam!

Anrede,

fast auf den Tag genau vor einem Jahr fand in Schwerin eine Wahlveranstaltung mit Gregor Gysi statt. Der Veranstaltungsort war bis auf den letzten Platz gefüllt.

Beifall und Begeisterung, trotz der Kritik, die man am Gysi-Rücktritt hörte. Aber nur, wenn Gysi nicht dabei war.

Eine Woche später, am gleichen Ort, Wahlkampfabschluss der PDS.

Eine gespenstische Kulisse.

Nicht einmal halb so viele Besucher wie eine Woche zuvor.

Wir wenigen, die anwesend waren, wollten das nicht als böses Omen für den Wahlsonntag werten.

Ernüchterung dann am 22.09.2002

Im Land wie im Bund erlitten wir die bis dahin schwerste Wahlniederlage.

Wahlanalysen wurden in den Kreisen, im Landeswahlbüro, im Landesvorstand vorgenommen und diskutiert.

Eine abschließende Wahlanalyse, die uns endgültige Antworten gibt, gibt es nicht.

Ich glaube auch nicht dass es sie geben kann, es sei denn, jemand findet den Stein des Weisen.

Aber Schlussfolgerungen galt und gilt es zu ziehen:

Als eine Schlussfolgerung hatte ich dem Landesparteitag in Güstrow vorgeschlagen, jedes Jahr in dieser Wahlperiode eine Basiskonferenz durchzuführen, auf der wir gemeinsam Bilanz ziehen.

Sachlich- Kritisch.....und optimistisch?

Zum ziehen der Bilanz arbeitet im Auftrag des Landesvorstandes eine sogenannte "Außerparlamentarische Begleitgruppe".

Diese Begleitung von außen war mir wichtig, deshalb habe ich Genossinnen und Genossen, die weder in der Fraktion noch im Regierungsapparat tätig sind, gebeten, in dieser Gruppe mitzuarbeiten.

Der Bilanz dieser Gruppe will und kann ich nicht vorgreifen.

Gestattet mir dennoch einige Bemerkungen zu unserer Arbeit, unserer Zusammenarbeit, unseren Ergebnissen.

Ich bin einmal weit in mein PDS-Archiv zurückgegangen.

Dort fand ich ein Papier, verfasst nach den Wahlen 1994 unter der Überschrift:

"Alternativen zur Regierungspolitik"

Darin formulierten wir unsere Ansprüche als damals stärkste, weil einzige Oppositionspartei im Landtag.

Lasst mich einige Punkte aus diesem Papier benennen:

Die PDS setzt für eine Initiative zur Beseitigung des Rentenstrafrechts ein.
Durchsetzen konnten wir es erst in der Regierungsbeteiligung.

Die PDS setzt sich ein für die Änderung diskriminierender Bestimmungen gegen Ausländer (beispielsweise die Residenzpflicht).
Durchsetzen konnten wir es erst in der Regierungsbeteiligung.

Die PDS setzt sich ein für den Ausbau öffentlich finanzierter Beschäftigung.

Durchsetzen konnten wir es erst in der Regierungsbeteiligung.

Die PDS setzt sich ein für ein umfassendes Verbandsklagerecht.
Durchsetzen konnten wir es erst in der Regierungsbeteiligung.

Die PDS setzt sich ein für ein Sportfördergesetz.
Durchsetzen konnten wir es erst in der Regierungsbeteiligung.

Nicht durchsetzen, weder 1994, noch heute, konnten wir

- Eine grundlegende Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen,

Nicht durchsetzen konnten wir unsere Forderung bis zum Jahre 2000 120.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, eine soziale Grundsicherung einzuführen, den gemeinsamen Unterricht bis zur Klasse 6 einzuführen, einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz und anschließenden Arbeitsplatz bis zum 21. Lebensjahr einzuführen.

Was zeigt diese Aufzählung und dieser Rückblick auf 1994?

Wir befinden uns, egal in welcher Rolle wir agieren, in der ständigen Auseinandersetzung zwischen unseren Vorstellungen, Wünschen und Möglichkeiten.

Wir müssen an unseren Alternativen ständig weiter arbeiten, uns immer wieder selbst hinterfragen, unsere Chancen ausloten und ausnutzen!

Gerade jetzt, nach der Verkündung der Kanzler-Reformen zur Umsetzung der "AGENDA 2010" am 13. August wird die Frage nach Pro und Contra der Regierungsbeteiligung heftig diskutiert.

In unserem Wahlprogramm hieß es, auch in Reflektion der ersten vier Jahre Rot-Rot: "Auch wenn Rot-Rot in Mecklenburg-Vorpommern einiges auf den Weg bringen konnte, haben wir noch einen langen, steinigen Weg zu sozialer Gerechtigkeit im Kampf gegen Armut und für Chancengleichheit zu gehen..."

Wir wissen, Wahlprogramme sind keine Parteiprogramme und auch keine Koalitionsvereinbarungen!

Dennoch, oder gerade auf Betreiben der PDS und ihrer wahlprogrammatischen Aussagen lesen wir in der Koalitionsvereinbarung:

"Zukunft sichern - Für ein selbstbewusstes Land" ...Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wird die von SPD und PDS gebildete Regierung ein modernes und sozial gerechtes Land schaffen... Auch in Zukunft wird das Hauptaugenmerk auf die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen ausgerichtet sein..."

So weit , so gut.

Anspruch und Wirklichkeit liegen jedoch weit auseinander.

Welchen Wert hat PDS - Regieren heute?

Reicht die Feststellung der PDS-Fraktion von 1999 aus, getroffen im Papier "Ein Jahr Rot-Rot - Bilanz und Schlussfolgerungen", wo es heißt:

"Die PDS hat die Chance zum ersten mal in der Position von Regierungsverantwortung unter Beweis zu stellen, dass sie strikt auf dem Boden des Grundgesetzes steht und eine realistische Politik betreiben kann."

Realistische Politik?

Heißt das Anerkennung von Rahmenbedingungen und Sachzwängen?

Heißt das regelmäßiges Einknicken, früher "Einsicht in die Notwendigkeit"?

Oder heißt es : Alternativen zu entwickeln und zu versuchen, diese umzusetzen?

Gilt auch für die Regierungsarbeit der gern zitierte Spruch "Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren?"

Anrede,

ich habe, um diese Fragen miteinander zu klären, beginnend im August einen Diskussionsprozess mit unseren Kreisgeschäftsführern gestartet. Wir sollten diesen Gedankenaustausch überall führen und dabei nachfolgende Fragen betrachten:

1. Die eigentlichen Probleme dieser Gesellschaft können wir hier und heute nicht endgültig (im philosophischen Sinne) lösen. Sind wir dennoch selbst davon überzeugt, dass Regierungshandeln dazu beitragen kann, Veränderungen zu erreichen?
2. Welche gemeinsamen Projekte mit der SPD erscheinen uns wichtig und umsetzbar?
3. Wie steht es um die Mehrheiten in der PDS, für von der PDS in der Koa-Vereinbarung durchgesetzte Projekte?
4. Gibt es überhaupt (ausreichend) Bewegungsfreiheit [oder: Gestaltungsmöglichkeiten] für die PDS in einer Koalition?
5. Geht es in unserer Arbeit "um uns, unser Gesicht", oder um die, für die wir versuchen Politik zu machen?
6. Welche Auswirkungen und Folgen hat unser Regierungshandeln für andere Landesverbände und die Bundes-PDS?
7. Welche Auswirkungen und Folgen hätte ein Regierungsaustritt für uns in M-V, für das Handeln anderer Landesverbände und die Bundes-PDS?
8. Was ist eine Schmerzgrenze und wie kann man sie definieren?

Anrede...

Wichtig erscheint mir, dass wir diesen Diskussionsprozess gemeinsam führen. Nicht gegeneinander oder hinter dem Rücken des anderen.

Das hier und da zu hörende "Ihr da in Schwerin" und "Wir hier an der Basis" kann und darf nicht Grundlage unserer Zusammenarbeit sein, ich habe das schon mehrfach deutlich gemacht.

Deshalb haben wir, eine weitere wichtige Schlussfolgerung umsetzend, mehr und mehr einen neuen Arbeitsstil entwickelt und ausgeprägt.

Landesvorstand und Fraktion beraten wichtige Entscheidungen gemeinsam.

Das war so beim Entwurf des Doppelhaushaltes für 2004/2005, das war so bei der Novelle des KITA-Gesetzes, das wird so sein beim Tariftreugesetz, bei der Pflege und bei anderen wichtigen Dingen.

Und jede Entscheidung wird sofort über e-mail und Fax an die Geschäftsstellen übermittelt.

Der Vorstand nimmt stärker als vorher seine Satzungsgemäße Verantwortung wahr, und dass ist gut so.

Um diese Verantwortung aber wahrnehmen zu können, braucht er auch Vertrauen.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Vertrauen und Kontrolle heißt aber nicht, die da in Schwerin als „permanente Einknicker“ zu betrachten!

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin doch kein Stehaufmännchen, das jede Woche mit dem Ziel nach Schwerin fährt, wieder umzukippen!

Und deshalb sehe ich auch die Regelungen zum Kindertagesförderungsgesetz, die Fraktion, Ministerium und Vorstand gemeinsam erstritten haben, als tragfähige und vernünftige Variante.

Lassen wir uns das nicht zerreden und zerreden wir es nicht selbst!

Punkt 155 der Koa-Vereinbarung sagt u.a. :

“ Die Landesregierung wird mit dem Schuljahresbeginn 2004/2005 das kostenlose Vorschuljahr einführen. Das Vorschuljahr umfasst täglich vier Stunden im Zeitraum von zehn Monaten.“

Die jetzige Regelung bedeutet:

Das Vorschuljahr wird mit Schuljahresbeginn 2004/2005 auf Grundlage eines verbindlichen Rahmenplanes eingeführt, 10 Monate im Jahr, 5 Tag die Woche, 4 Stunden am Tag. Für dieses zusätzliche Bildungsangebot stellt die Landesregierung zusätzlich 7 Mio € zur Verfügung, für dieses zusätzliche Angebot entstehen den Eltern keine zusätzlichen Kosten.

Richtig ist, dass wir gesagt haben, wir wollen diese 4 Stunden, 5 Tage die Woche, 10 Monate im Jahr, für die Eltern kostenfrei gestalten.

Auf den über 200 Veranstaltungen der Fraktion und ihrer Abgeordneten im Land, im Anhörungsverfahren des Ministeriums hieß es aber immer wieder:

Die Kostenfreiheit für die Eltern ist nicht das Erstrebenswerte, liebe PDS!. Wenn schon zusätzliches Geld, dann doch bitte alles für die Bildung der Kinder!

Diese Auseinandersetzung bestimmte wochenlang das Bild der Medien, spiegelten sich wider in Diskussionen im Landesvorstand, in der Fraktion, in den Veranstaltungen des kommunalpolitischen Forums, in Jugendhilfeausschüssen. Auch in dem, wo ich Vorsitzender bin.

Auf all diesen Veranstaltungen, haben wir immer wieder betont, dass wir die Kritiken und Hinweise der Praxis und aus dem öffentlichen Raum ernst nehmen werden. Kritiken und Hinweise gab es sehr viele.

Aus Nicht-PDS-Reihen mehr, als aus unseren eigenen Reihen.
Ich erinnere mich an die Ostseebädertour.

Eine AWO-Geschäftsführerin sagte Angelika und mir: „Nehmt uns ernst, ihr seid unsere letzte Hoffnung!“

Wir haben Sie ernst genommen.

Wir stecken in M-V zusätzlich Geld in die frühkindliche Bildung.

Das ist nachprüfbare Verantwortung der PDS.

Die auch ich übrigens im nächsten Jahr im Kommunalwahlkampf vertreten werden, weil auch ich wieder kandidiere.

Anrede,

Die Kommunal- und Europawahlen werden die Aktivitäten unseres Landesverbandes in den nächsten Wochen mehr und mehr bestimmen.
Auf der Wahlwerkstatt am 22. 09. werden wir den offiziellen Startpunkt setzen.

Wir brauchen Mistreiterinnen und Mitstreiter, Ideen, Optimismus, Aktionsfähigkeit und Lebendigkeit.

Dass unser Landesverband aktionsfähig und lebendig ist, haben wir in den letzten Wochen bewiesen.

Nicht nur bei der Debatte um die Ministergehälter.

Sondern vor allem auf der Ostseebädertour, den unzähligen Info-Ständen gegen die „AGENDA 2010“ oder unsere Tour am Weltfriedenstag durch die vom Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner-Heide in M-V betroffenen Kreise NB, MST und MÜR.

Bei diesen Aktionen auf der Straße konnten wir bis heute

ca. 3.000 Unterschriften gegen die sogenannte Gesundheitsreform und

ca. 1.000 Unterschriften gegen das Bombodrom sammeln.

Herzlichen Dank für Euer Engagement!

Aber, wir müssen zu beiden politischen Fragen am Ball bleiben.

Und wir müssen unseren Widerstand gegen die „AGENDA 2010“ stärken.

Wir müssen uns Bündnispartner suchen.

Torsten Koplín und ich haben deshalb in dieser Woche einen Brief an die Gewerkschaften, Vereine und Verbände unseres Landes geschickt.

Wir nehmen darin die Idee des bundesweiten Bündnisses auf, zum 1. November eine Demo in Berlin gegen die Sozialkassenschlag der Bundesregierung zu organisieren.

Torsten und ich schlagen dazu vor, in Vorbereitung darauf regionale Bündnisse zu schaffen und am 20. 10. gemeinsam einen Aktionstag gegen die „AGENDA 2010“ im Land zu gestalten.

Zumindest in allen Kreisstädten und kreisfreien Städten sollten an diesem Tag Aktionen stattfinden, auf denen wir mit den Bündnispartnern deutlich machen, dass wir nicht gewillt sind, die Pläne der Bundesregierung widerspruchslos hinzunehmen.

Ich rufe euch deshalb auf, diese Aktion nachhaltig zu unterstützen.

Nehmt vor Ort Kontakt zu Gewerkschaften, Vereinen, Kirchen und Verbänden auf, mobilisiert für den

20. Oktober in der Stadt und im Kreis, mobilisiert für den 1. November zur bundesweiten Demonstration nach Berlin.

Anrede,

Das aber ist nur ein Teil der vor uns stehenden Aufgabe.

Auf dem Parteitag in Chemnitz gilt es, den nunmehr bereits Jahre dauernden Diskussionsprozess zum neuen Parteiprogramm erfolgreich zu Ende zu führen.

Wenn das Sprichwort „Gut Ding will Weile haben“ auch für die Programmdebatte gilt, bin ich mir sicher, dass wir am 26.10. mit einem beschlossenen demokratisch-sozialistischen Programm nach Hause fahren können.

Um dieses Programm umsetzen zu können, bedarf es wiederum einer handlungsfähigen Partei.

Deshalb ist es wichtig, die begonnene Parteireform zügig weiter zu führen.

Die Konferenz in Leipzig am letzten Wochenende hat gezeigt, dass das aber nicht nur Aufgabe des „Arbeitsausschusses Parteireform“ sein kann.

Ich werde daher dem Landesvorstand auf seiner nächsten Tagung vorschlagen, eine AG „Parteireform M-V“ zu bilden.

In den Untergruppen „Moderne Strukturen/Aktion im öffentlichen Raum“, „Kommunikation“ und „Personalentwicklung/Mitgliedergewinnung“ wollen wir die Erfahrungen des Arbeitsausschusses auf Bundesebene aufnehmen und untersetzen.

Die Parteireform ist ein offener Prozess mit offenem Ausgang.

Wenn wir ihn jedoch nicht in Gang setzen, sind die substanziellen Probleme unserer Partei nicht zu lösen.

Notwendig und sinnvoll erscheint dieser Prozess auch vor dem Hintergrund der Verwaltungs- und Funktionalreform, an deren Ende neue Kreisstrukturen stehen werden und wir die Parteistruktur des Landesverbandes auf den Prüfstand stellen müssen.

Anrede,

Die Aufgaben, vor denen wir stehen, werden nicht geringer.
Die Erwartungshaltungen der PDS gegenüber auch nicht.

Einfach anfangen- so heißt ein Slogan aus dem Arbeitsministerium.

So schwer das auch immer zu realisieren sein wird: Das gilt auch für uns!

Und, um auf den Anfang zurück zu kommen, wir bleiben dabei:

Sachlich-kritisch und optimistisch!